



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 19.08.2010

Niederschrift

über die **7. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 29.06.2010, 16:00 Uhr bis 18:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	(für SB Möller; bis 18.30 Uhr)
Herr Klaus Koke	CDU	(für Bürgermeister Bartsch)
Herr Karsten Möring	CDU	
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	(bis 18.30 Uhr)
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Karel Sen. Schiele	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Arenz Die Linke.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Joisten	SPD	(ab 16.11 Uhr)
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU	

Herr Thomas Werner	auf Vorschlag der CDU
Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag pro Köln
Herr Franz-Albert Krämer	auf Vorschlag die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock
Herr Dieter Pannecke
Frau Yeliz Karadeli-Yasar

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Planen und Bauen
Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen
Frau Angela Thiemann	Bauverwaltungsamt

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Planen und Bauen
--------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Carola Steiner	auf Vorschlag der Grünen
---------------------	--------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Horst Ladenberger

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 7. Sitzung des Verkehrsausschusses in dieser Wahlperiode und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt **ergänzt** werden soll:

I. Öffentlicher Teil

- 1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2010 betreffend Buslinie auf der Inneren Kanalstraße - weiteres Verfahren
AN/1269/2010
- 1.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.06.2010 betreffend Lkw-Verkehrsführungskonzept
AN/1254/2010
- 2.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.06.2010 betreffend Beseitigung von Taktlücken im Kölner S-Bahnverkehr
AN/1274/2010
Tischvorlage
- 4.8 Abendliche Zusatzfahrten auf der Buslinie 130
2518/2010
I. Durchgang
- 4.9 Bürgerhaushalt 2010
Beratung über die Umsetzung der Vorschläge
1363/2010
- 5.10 Hochwasserschutzmaßnahmen für Stadtbahnanlagen
hier: Planungsbeschluss für Hochwasserschutzmaßnahmen an den Stadtbahnanlagen im linksrheinischen Stadtgebiet
2152/2010
- 5.11 Brandschutznachrüstung der Kabelkanalabdeckungen in der Kölner U-Bahn im Bereich der Innenstadt
2286/2010
- 5.12 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße
hier: Planungsbeschluss für die geänderte Lage der Haltestelle
2456/2010
I. Durchgang
- 5.13 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Aachener Straße von Hohenzollernring bis Bonnstraße, Radwegsanierung
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes;

hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6604-1201-3-4799
Aachener Straße von Hohenzollernring bis Bonnstraße, Radwegsanierung
2149/2010

- 5.14 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 in analoger Anwendung bei Finanzstelle 6903-1202-5-6005, Hst. Slabyst./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung
1994/2010
- 5.15 Businessplan Industrie
5431/2010
- 5.16 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;
Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage
1889/2010
I. Durchgang
Tischvorlage
- 7.4 Optimierung der Verkehrsverhältnisse im Bereich Messekreisel und Umfeld
hier: Prüfauftrag aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.05.2010,
TOP 4.3
2476/2010
- 7.5 ÖPNV-Anbindung Meschenich
2519/2010
- 7.6 RadRegionRheinland
hier: Planung und Vorbereitung des Leitsystems
2562/2010
- 7.7 Rheinuferquerung Nord-Süd Stadtbahn
hier: Beschluss aus der Sitzung des Rates vom 10.02.2009, TOP 2.1.8
2272/2010
- 7.8 Unfallgeschehen 2009 im Gebiet der Stadt Köln
2546/2010
- 7.9 Beschilderung Deutsche Fußballroute
2608/2010
Tischvorlage
- 7.10 Geschwindigkeitsreduzierung auf dem Konrad-Adenauer-Ufer (Az.: 02-1600-64/09)
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden aus der Sitzung vom 7.05.2010, TOP 3.1
2679/2010
Tischvorlage

- 7.11 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2009
2228/2010
Tischvorlage
- 7.12 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe, Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2009
2230/2010
Tischvorlage
- 7.13 Buslinie Schanzenstraße/Opernbus
2709/2010
Tischvorlage

Stellungnahmen der Verwaltung – als Tischvorlagen – lägen vor zu den TOP

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.06.2010 betreffend
Sanierung Konrad-Adenauer-Ufer
und

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 18.02.2010 betreffend
Optimierung der Verfassung des Kopfsteinpflasters auf öffentlichen Plätzen und
Straßen Kölns.

sowie

ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
24.06.2010, AN/1255/2010, zu TOP

5.8. Fernlinienbusbahnhof Breslauer Platz:
Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Planung eines Alternativ-
Standortes
0811/2009

und ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2010, AN/1313/2010, zu TOP

5.16 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;
Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage
1889/2010
I. Durchgang.

RM Kirchmeyer bittet, ihren Antrag unter TOP

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 18.02.2010 betreffend
Optimierung der Verfassung des Kopfsteinpflasters auf öffentlichen Plätzen und
Straßen Kölns.

in die kommende Sitzung zu vertagen.

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, die Vorlage unter TOP

4.9 Bürgerhaushalt 2010
Beratung über die Umsetzung der Vorschläge

1363/2010

in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen und die Vorlage unter TOP

5.15 Businessplan Industrie
5431/2010

zu vertagen, um die Beratung im Wirtschaftsausschuss abzuwarten. RM dos Santos Herrmann merkt kritisch an, dass i.E. in den Zielsetzungen die Gleiserweiterung Hauptbahnhof - Deutz fehle.

Zu TOP

5.16 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;
Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage
1889/2010
I. Durchgang

empfiehlt Ausschussvorsitzender Waddey, die Thematik in der heutigen Sitzung anzudiskutieren und in die Bezirksvertretungen zu verweisen sowie für den 2. Durchgang eine Sondersitzung vor der Ratssitzung am 13.07.2010 durchzuführen.

RM Kirchmeyer schlägt für die FDP-Fraktion alternativ vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

RM Möring kann sich seiner Vorrednerin anschließen; um den nachfolgenden Gremien jedoch eine Beratungsgrundlage – auch für den Änderungsantrag seiner Fraktion - zu geben, sollte heute zumindest eine kurze Diskussion erfolgen.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt RM Tull dar, dass die Vorlage keinen neuen Sachverhalt präsentiere; neu sei lediglich der Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Ausschussvorsitzender Waddey macht den Kompromissvorschlag, die Thematik einschl. des Änderungsantrages der CDU-Fraktion in der heutigen Sitzung anzudiskutieren und ohne Votum in die Bezirksvertretungen zu verweisen. Der 2. Durchgang im hiesigen Ausschuss könne dann vor der Ratssitzung am 13.07.2010 im Rahmen einer Sondersitzung erfolgen.

Der Ausschuss ist mit den so vorgetragenen Änderungen und Verfahren einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.06.2010 betreffend
Sanierung Konrad-Adenauer-Ufer
AN/0285/2010
AN/1149/2010

Stellungnahme der Verwaltung
2655/2010

1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2010 betreffend
Buslinie auf der Inneren Kanalstraße - weiteres Verfahren
AN/1269/2010

1.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.06.2010 betreffend
Lkw-Verkehrsführungskonzept
AN/1254/2010

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 18.02.2010 betreffend
Optimierung der Verfassung des Kopfsteinpflasters auf öffentlichen Plätzen
und Straßen Kölns
AN/0285 /2010

Stellungnahme der Verwaltung
2736/2010

2.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grü-
nen vom 25.06.2010 betreffend
Beseitigung von Taktlücken im Kölner S-Bahnverkehr
AN/1274/2010

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, An- regungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Waldecker Straße in Köln-
Buchforst
1403/2010

4.2 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Mitte
1755/2010

4.3 Umgestaltung Christophstraße, Gereonstraße, Unter Sachsenhausen mit
Schutzstreifen für den Radverkehr und für einen Kreisverkehr Gereonstra-
ße/Mohrenstraße
1147/2009

4.4 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung von Bauwerksprü-
fungen nach DIN 1076 an der Zoobrücke in Köln (Stadtbezirk Innenstadt, Nip-
pes, Kalk und Mülheim)
1661/2010

- 4.5 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens;
hier: Deutz-Mülheimer Straße/Messeallee Nord, Kreisverkehr
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes;
hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-
1201-1-1013 Deutz-Mülheimer Straße/ Messeallee Nord, Kreisverkehr
1859/2010
- 4.6 Verwendung von Stellplatzablösemitteln zur Förderung des Radverkehrs
2013/2010
- 4.7 Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbe-
triebsformen
hier: Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße
0946/2010
- 4.8 Abendliche Zusatzfahrten auf der Buslinie 130
2518/2010
- 4.9 Bürgerhaushalt 2010
Beratung über die Umsetzung der Vorschläge
1363/2010
- 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 5.1 210. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln
vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1
Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1606/2010
- 5.2 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier:
Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-
1201-0-1008 Generalsanierung Radwege
1474/2010
- 5.3 Kommunale Arbeitsgemeinschaft Stadtbahn Rhein-Sieg
1607/2010
- 5.4 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 490 Parkscheinautomaten
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle 6606-
1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
0940/2010
- 5.5 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans
hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle:
6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen
1517/2010

- 5.6 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-5030, Verlegung Opladener Straße
1368/2010
- 5.7 211. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2195/2010
- 5.8. Fernlinienbusbahnhof Breslauer Platz:
Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Planung eines Alternativ-Standortes
0811/2009
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2010
AN/1255/2010
- 5.9 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010
- 5.10 Hochwasserschutzmaßnahmen für Stadtbahnanlagen
hier: Planungsbeschluss für Hochwasserschutzmaßnahmen an den Stadtbahnanlagen im linksrheinischen Stadtgebiet
2152/2010
- 5.11 Brandschutznachrüstung der Kabelkanalabdeckungen in der Kölner U-Bahn im Bereich der Innenstadt
2286/2010
- 5.12 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße
hier: Planungsbeschluss für die geänderte Lage der Haltestelle
2456/2010
- 5.13 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Aachener Straße von Hohenzollernring bis Bonnstraße, Radwegsanierung
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6604-1201-3-4799 Aachener Straße von Hohenzollernring bis Bonnstraße, Radwegsanierung
2149/2010
- 5.14 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 in analoger Anwendung bei Finanzstelle 6903-1202-5-6005, Hst. Slabyst./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung
1994/2010

5.15 Businessplan Industrie
5431/2010

5.16. 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;
Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage
1889/2010

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2010
AN/1313/2010

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Übernachtungs- und Pausenparkplätze für LKW
hier: Anfrage der Fraktion Die Linke zur Sitzung des Verkehrsausschusses am
11.05.2010, TOP 1.1
1975/2010

6.2 Radwegsanierungsprogramm 2010
hier: Nachfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.05.2010,
TOP 4.7 - Vorlage eines Zeitplans für die von der Bezirksvertretung Porz vor-
geschlagene Maßnahme Heidestraße
2386/2010

6.3 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom
06.05.2010 betr. Waldbadviertel Langendahlweg
2047/2010

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Information über Erhöhung der Investitionsauszahlungen bei bereits be-
schlossenen Maßnahmen aus dem Straßenbauprogramm
hier: Dellbrücker Hauptstraße und Montanusstraße
2033/2010

7.2 Berliner Straße in Köln-Dünnwald
2051/2010

7.3 Erhöhung der Verkehrssicherheit von schutzwürdigen Einrichtungen mit Hilfe
von dynamischen Displays des Typs RTB-Dialog-Display
2138/2010

7.4 Optimierung der Verkehrsverhältnisse im Bereich Messekreisel und Umfeld
hier: Prüfauftrag aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.05.2010,
TOP 4.3
2476/2010

7.5 ÖPNV-Anbindung Meschenich
2519/2010

- 7.6 RadRegionRheinland
hier: Planung und Vorbereitung des Leitsystems
2562/2010
- 7.7 Rheinuferquerung Nord-Süd Stadtbahn
hier: Beschluss aus der Sitzung des Rates vom 10.02.2009, TOP 2.1.8
2272/2010
- 7.8 Unfallgeschehen 2009 im Gebiet der Stadt Köln
2546/2010
- 7.9 Beschilderung Deutsche Fußballroute
2608/2010
- 7.10 Geschwindigkeitsreduzierung auf dem Konrad-Adenauer-Ufer (Az.: 02-1600-64/09)
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden aus der Sitzung vom 7.05.2010, TOP 3.1
2679/2010
- 7.11 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2009
2228/2010
- 7.12 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe, Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2009
2230/2010
- 7.13 Buslinie Schanzenstraße/Opernbus
2709/2010

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Fertigstellung der Baumaßnahme Rheinuferstraße
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.2 Verkehrsführungen im Bereich Kulturzentrum am Neumarkt
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.3 Begrenzungselemente Breslauer Platz
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.4 Ampelabbau an der Kreuzung Neusser Straße/Balthasarstraße
Anfrage des SE Hammer
- 8.5 Einbau von Rampen an der U-Bahnhaltestelle Vingst
Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.6 Bürgerhaushalt - Verlängerung der Linie 7 im Porzer Süden
Hinweis des SE Joisten
- 8.7 Fahrgastinformationstafeln der KVB
Anfrage des SB Arenz

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.06.2010 betreffend Sanierung Konrad-Adenauer-Ufer AN/1149/2010

Stellungnahme der Verwaltung 2655/2010

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2010 betreffend Buslinie auf der Inneren Kanalstraße - weiteres Verfahren AN/1269/2010

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

1.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.06.2010 betreffend Lkw-Verkehrsführungskonzept AN/1254/2010

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 18.02.2010 betreffend Optimierung der Verfassung des Kopfsteinpflasters auf öffentlichen Plät- zen und Straßen Kölns AN/0285 /2010

Stellungnahme der Verwaltung 2736/2010

Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung auf Vorschlag der FDP-Fraktion einvernehmlich bis zur nächsten Sitzung am 07.09.2010 zurückgestellt.

2.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.06.2010 betreffend Beseitigung von Taktlücken im Kölner S-Bahnverkehr AN/1274/2010

Der Dringlichkeitsantrag wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

Ausschussvorsitzender Waddey begründet kurz den vorliegenden Antrag; das Problem sei bekannt und müsse angegangen werden.

RM Möring merkt an, dass die Taktlücken in der Tat bedauerlich seien. Nach seinen Erkenntnissen sei die Beseitigung der Lücken im jetzigen Stadium jedoch mit dem Einsatz eines zusätzlichen Fahrzeuges und somit mit Kostenerhöhungen verbunden. Er sehe hier keine große Chance, Abhilfe zu schaffen; gleichwohl wolle die CDU-Fraktion sich dieser Resolution nicht verschließen.

Ausschussvorsitzender Waddey weist darauf hin, dass aus seiner Sicht eine Neuananschaffung nicht zwingend erforderlich sei; mit einem bereits vorhandenen, zur Verfügung stehenden Fahrzeug könne ggf. eine Zwischenfahrt organisiert werden.

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss der Stadt Köln fordert die Nahverkehr Rheinland GmbH auf, die jüngste Taktausdünnung zwischen Chorweiler und Nippes der S-Bahn-Linie 6 um 7.12 Uhr und 7.52 Uhr zurückzunehmen.
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob darüber hinaus Taktlücken auf Kölner Stadtgebiet bestehen. Sofern dies der Fall ist, wird die Verwaltung gebeten, mit der Nahverkehr Rheinland GmbH ebenfalls kurzfristig Lösungen zu suchen und diese Lücken zu beseitigen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Waldecker Straße in Köln-Buchforst 1403/2010

RM Tull spricht die Anregungen des hiesigen Ausschusses im ersten Beratungsgang an. Die Radwegführung im Kreisverkehr werde nach den Vorstellungen der Verwaltung über die Bürgersteige verlaufen, was ihre Fraktion ablehne. Sie schlage daher vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechend zu ergänzen.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss die Ausführungsplanung vorzulegen und eine qualifizierte Radwegplanung im Zuge der Ausführungsplanung unter besonderer Berücksichtigung des Kreisverkehrs darzustellen. Dabei geht es vor allem

darum, dass neue Radwege auf der Straßenfläche als Rad- oder Schutzstreifen markiert werden sollen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Beschluss in der modifizierten Fassung:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung auf Basis der vorgelegten Entwurfsplanung (Anlage 1a-c), die nach den Wünschen der Bezirksvertretung Mülheim und der Bürgerinformationsveranstaltung überarbeitet wurde, die Ausführungsplanung zu betreiben.

Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss die Ausführungsplanung vorzulegen und eine qualifizierte Radwegeplanung im Zuge der Ausführungsplanung unter besonderer Berücksichtigung des Kreisverkehrs darzustellen. Dabei geht es vor allem darum, dass neue Radwege auf der Straßenfläche als Rad- oder Schutzstreifen markiert werden sollen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.2 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Mitte
1755/2010**

Die Vorlage wurde zurückgezogen, da alle Bezirksvertretungen uneingeschränkt zugestimmt haben und somit auf einen 2. Durchgang verzichtet werden kann.

**4.3 Umgestaltung Christophstraße, Gereonstraße, Unter Sachsenhausen mit Schutzstreifen für den Radverkehr und für einen Kreisverkehr Gereonstraße/Mohrenstraße
1147/2009**

Seitens der SPD-Fraktion begrüßt RM van Geffen grundsätzlich die Umgestaltungsvorschläge der Verwaltung. Im Bereich der Straße Kattenbug sehe er jedoch noch Optimierungsbedarf dahingehend, dass nicht nur westlich sondern auch östlich hiervon ein Fahrbahnteiler errichtet werden sollte. Zudem befinde sich in Höhe Andreaskloster vor der Deutschen Bank derzeit die Haltestelle der Linie 132. Hier müsse noch geprüft werden, ob die Planung dem auch Rechnung trage oder die Haltestelle zum Zeitpunkt der Umsetzung entfallen würde.

RM Tull bittet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Prüfung, ob an der Kreuzung, an der die Christophstraße über die Nord-Süd-Fahrt hinwegführt, die Lichtsignalanlage durch einen Kreisverkehr ersetzt werden könne. Darüber hinaus würde sie es begrüßen, wenn für die Querung des Kaiser-Wilhelm-Ringes/Christophstraße ein Zebrastrifen markiert werden würde. Beide Maßnahmen halte sie aufgrund der derzeitigen Verkehrsmengen für realisierbar. Auf die vorgesehenen Parkbuchten vor St. Gereon hingegen könne aus ihrer Sicht verzichtet werden, da dort kein Parkdruck vorhanden sei und diese zudem den Ausblick auf das Denkmal negativ beeinträchti-

gen. Den Alleincharakter im weiteren Verlauf der Christophstraße bitte sie nachdrücklich zu erhalten bzw. fortzusetzen; der Platz hierfür sei vorhanden.

Für die FDP-Fraktion merkt RM Kirchmeyer an, dass auch sie grundsätzlich den Planungen zustimmen könne; es gebe jedoch sicherlich Straßen im Stadtgebiet, deren Zustand wesentlich schlechter als die in Rede stehenden sei. Dem angesprochenen Verzicht auf die Parkbuchten könne sie sich durchaus anschließen. Sie bitte jedoch zu Bedenken, dass der dortige, relativ große Taxistand erhalten bleiben sollte. Die Forderung nach mehr Bäumen sei nachvollziehbar; dieser Wunsch werde sicherlich auch von der Bezirksvertretung noch thematisiert.

SE Vietzke wirft die Frage auf, ob der Taxistand nicht besser in Ringnähe beispielsweise an der Von-Werth-Straße errichtet werden könne.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt zu, die Anregungen im Detail zu prüfen und dem hiesigen Ausschuss eine Stellungnahme für den 2. Beratungsgang zukommen zu lassen. Den Zebrastreifen am Kaiser-Wilhelm-Ring/Christophstraße habe die Verwaltung nicht eingeplant, da er in unmittelbarer Nähe zur Lichtsignalanlage am Ring liegen würde; dies sei jedoch nicht zulässig. Weitere Bäume im Verlauf der Straße und einen zusätzlichen Fahrbahnteiler östlich am Katzenbug halte er für realisierbar; die Bushaltestelle der Linie 132 werde nach seinen Informationen erst mit der Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn entfallen.

Auf Nachfrage des RM Möring, ob der von RM Tull vorgetragene Wunsch nach einem zusätzlichen Kreisverkehr das grundsätzliche Programm bzw. die Prioritätenliste zur Umgestaltung von Knotenpunkten ggf. beeinträchtigen werde, erläutert Herr Harzendorf abschließend, dass hier kein Interessenkonflikt gegeben sei. Gegen einen Kreisverkehr spreche jedoch im Wesentlichen, dass es sich hier um einen auf einer Brückenanlage befindlichen Kreisverkehr handele; dieser Umbau verursache sehr hohe Kosten.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung und Vorberatung zunächst in die Bezirksvertretung Innenstadt und den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung von Bauwerksprüfungen nach DIN 1076 an der Zoobrücke in Köln (Stadtbezirk Innenstadt, Nippes, Kalk und Mülheim) 1661/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Hauptprüfung 2011 ff der Bauwerke nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung dieser Maßnahme.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen netto 234.000,- € (+19% Mwst = 278.460,- € brutto). Die Mittel stehen im städtischen Haushaltsentwurf 2010 inklusive

der Finanzplanung bis 2013 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn ÖPNV - in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleitungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.5** **1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens;
hier: Deutz-Mülheimer Straße/Messeallee Nord, Kreisverkehr**
**2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes;
hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle:
6601-1201-1-1013 Deutz-Mülheimer Straße/ Messeallee Nord, Kreisverkehr
1859/2010**

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Herstellung des Kreisverkehrs Deutz-Mülheimer Straße/Messeallee Nord fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 257.366,05 € für die Herstellung des Kreisverkehrs Deutz-Mülheimer Straße/Messeallee Nord bei der Finanzstelle 6601-1201-1-1013 Deutz-Mülheimer Straße/Messeallee Nord, Kreisverkehr, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Hj. 2010.

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung NW.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.6** **Verwendung von Stellplatzablösemitteln zur Förderung des Radverkehrs
2013/2010**

RM Kirchmeyer zeigt sich etwas enttäuscht, dass die Errichtung von Quartiersgaragen so wenig forciert werde und verweist in diesem Zusammenhang auf eine beschlossene Prioritätenliste, in der der Ebertplatz auf dem vorderen Rang stand. Sie bittet um einen kurzen Sachstandsbericht. Gleichwohl werde sie der Vorlage zustimmen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutert, dass die Verwaltung kontinuierlich potentielle Investoren – gezielt - informiere und durch-

aus an vielen Stellen Quartiersgaragen errichtet worden seien, beispielsweise am Auerbachplatz, Manderscheider Platz und im Severinsviertel.

Frau Thiemann, Leiterin des Bauverwaltungsamtes, unterstreicht diese Ausführungen. Die Problematik bestehe darin, dass die im öffentlichen Straßenland vorhandenen Stellplätze in größerer Zahl vorhanden seien und das jeweilige Gebäude dann zwar eine Mehrzahl an Stellplätzen vorsehe, letztlich aber doch nur ein bis zwei zusätzliche Plätze gewonnen werden können.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Stellplatzablösemittel in Höhe von 4.400.000 Euro für 5 Jahre für Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs zu verwenden, die die Voraussetzungen des § 51 Abs. 6 Buchstabe c Bauordnung NRW erfüllen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.7 Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen
hier: Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße
0946/2010**

SE Vietzke wirft die kritische Frage auf, ob die vorliegende Planung städtebaulich verträglich sei und ob die Radwege als bauliche Radwege bestehen bleiben müssen. Einen einstreifigen Kreisverkehr halte er bei den gegebenen Verkehrsmengen für sinnvoller und attraktiver.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, legt dar, dass im vorliegenden Fall keine kontinuierlich gleichbleibende Verkehrsbelastung in allen Ästen vorhanden sei sondern vielmehr eine stark ausgeprägte Belastung im Zuge der Roonstraße. Auch die hohe Fußgängerfrequentierung an dieser Stelle führe derzeit zu Verkehrsproblemen. Die hier vorgestellte Planung habe eine lange Vorlaufzeit und sei intensiv mit Hilfe von verschiedenen Simulationen erarbeitet worden. Für den Radverkehr sei eine einstreifige Führung sicherlich attraktiver; die Verwaltung werde jedoch bei einem positiven Votum alle Verkehrsteilnehmer durch Hinweisschilder und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit auf das in Deutschland noch nicht so bekannte System eines Turbokreisels aufmerksam machen. Eine Alternative sei ein signalisierter Knotenpunkt, der allerdings ausdrücklich nicht gewünscht wurde und von der Verwaltung auch nach wie vor nicht empfohlen werde.

BG Streitberger führt ergänzend aus, dass er die vorliegende Planung – nach intensiver Erörterung mit seinem Vorredner – auch aus städtebaulicher Sicht unterstütze, da es sich hier nicht um eine klassischen Kreuzung handle und der Schwerpunkt aus der Achse genommen werden könne. Auch die für Radfahrer und Fußgänger verbleibenden Räume seien gut dimensioniert und schaffen weitestgehend mehr Platz als heute vorhanden sei. Er halte den Vorschlag für sehr diskussionswürdig; Optimierungen durch den weiteren Beratungsgang in den Gremien seien sicherlich möglich.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt RM Tull an, dass diese die Verwaltungsvorlage intensiv beraten habe. Sie stelle sich jedoch die Frage, ob ein gleichwertiger Ersatz der vorhandenen Lichtsignalanlage wirklich sinnvoll sei. Die Roonstraße

sei einer der Achsen in Köln, die eine schnelle Durchfahrung der Stadt derzeit ermöglichen. Zudem handele es sich hier um ein sehr dicht bevölkertes Wohngebiet, das durch eine Schnellstraße „zerschnitten“ werde. Auch vor dem Hintergrund einer „Entschleunigung“ der Stadt mache ein Turbokreisel aus ihrer Sicht wenig Sinn; vielmehr stelle sich die Frage, ob die Vierspurigkeit der Roonstraße nicht vielmehr reduziert werden sollte. Auch Radverkehrsanlagen und Raum für Fußgänger gebe es in diesem Bereich so gut wie gar nicht. Es sollte alternativ überlegt werden, wie die Gleichwertigkeit für alle Verkehrsteilnehmer hergestellt werden könne und wie die Verkehrsmengen so reduziert werden können, dass ein einfacher Kreisverkehr ausreichen würde.

RM Kirchmeyer hingegen teilt mit, dass ihre Fraktion den Turbokreisel durchaus befürworte. Der Argumentation ihrer Vorrednerin könne sie sich nicht anschließen; Köln sei eine Großstadt, in der auch in der Innenstadt gut ausgebaute Hauptverkehrsstraßen benötigt werden. Die Roonstraße sei morgens und abends in den Spitzenzeiten durch den fließenden Verkehr sehr belastet; hinzu kämen die Busspur sowie das Parken und Halten in 2. Reihe. Ablehnen werde die FDP-Fraktion jedoch die Unterbindung der Durchfahrt durch die Straße Marsilstein in Richtung Westen, da dies Schleichverkehr durch die anliegenden Wohngebiete befürchten lasse.

Seitens der SPD-Fraktion teilt RM dos Santos Herrmann mit, dass diese die Planung grundsätzlich akzeptiere. Gleichwohl sei an einigen Stellen noch Optimierungsbedarf vorhanden, beispielsweise an der von SE Vietzke angesprochenen Führung des Radverkehrs. Hier bitte sie die Verwaltung noch nachzubessern. Die Alternative, eine Überplanung der Lichtsignalanlage, halte ihre Fraktion für weniger sinnvoll. Der Aussage von RM Kirchmeyer, dass in einer Großstadt der Verkehr fließen müsse, stimme sie zu; die Durchfahrt der Straße Marsilstein offen zu lassen, hingegen nicht.

RM Möring legt für die CDU-Fraktion dar, dass diese aufgrund der Bedeutung der Roonstraße für den Durchgangsverkehr die Errichtung eines Turbokreisels nachdrücklich unterstütze, da ein einfacher Kreislauf die Verkehrsmenge nicht bewältigen könne. Auf die Argumentation von RM Tull eingehend merkt er zudem kritisch an, dass die Gleichwertigkeit der Verkehrsteilnehmer nicht an den vorhandenen Flächen gemessen werden können. Dies gehe an der Sache vorbei.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung und Vorberatung zunächst in die Bezirksvertretung Innenstadt und den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.8 Abendliche Zusatzfahrten auf der Buslinie 130 2518/2010

RM dos Santos Herrmann merkt an, dass die zügige Umsetzung der Ausweitung des Fahrtenangebotes sehr erfreulich sei. Sie hoffe, dass entsprechende Anregungen aus anderen Stadtteilen ähnlich schnell umgesetzt werden.

Ausschussvorsitzender Waddey gibt zu Bedenken, dass im kommenden Jahr das Zollstockbad wieder eröffnet werde und die Nachfrage dann sicherlich noch steigen werde.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Fahrtenangebot auf der Buslinie 130 in Abstimmung mit den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB) im Abschnitt zwischen Universität und Bayenthalgürtel bis ca. 22:00 Uhr im 30-Minuten-Takt auszuweiten. Die Maßnahme wird zunächst auf zwei Jahre befristet. Die Verwaltung wird beauftragt, nach ca. 1 bis 1 1/2 Jahren eine Überprüfung mittels Fahrgastzählungen vorzunehmen und auf dieser Basis eine Entscheidungsvorlage über die dauerhafte Einrichtung der zusätzlichen Fahrten vorzulegen.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus dem zusätzlichen Angebot ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Rodenkirchen ohne Änderungen zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.9 Bürgerhaushalt 2010 Beratung über die Umsetzung der Vorschläge 1363/2010

Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 210. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1606/2010

Auf Grund der abweichenden Beschlüsse der Bezirksvertretungen Rodenkirchen und Ehrenfeld schlägt Frau Thiemann, Leiterin des Bauverwaltungsamtes, folgenden modifizierten Beschlusstext vor:

„Der Rat beschließt den Erlass der 210. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung *mit Ausnahme der Maßnahmen in § 1 Ziffern 7, 9 und 10. In § 1 Ziffer 3 wird vor den Worten „bituminösen Deckschicht“ das Wort „lärmoptimierten“ eingefügt.*“

RM Tull bittet in diesem Zusammenhang, in der Vorgebirgstraße Schutzstreifen für Radfahrer anzulegen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass der Querschnitt der Straße dies leider nicht zulasse, sagt jedoch auf Einwand von RM

Tull, dass der Höniger Weg vergleichbare Gegebenheiten aufweise, zu, die Prüfergebnisse nochmals schriftlich darzulegen.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 210. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung *mit Ausnahme der Maßnahmen in § 1 Ziffern 7, 9 und 10. In § 1 Ziffer 3 wird vor den Worten „bituminösen Deckschicht“ das Wort „lärmoptimierten“ eingefügt.*

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.2 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-1201-0-1008 Generalsanierung Radwege 1474/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 533.800,00 € für die Generalsanierung der Radwege Pfälzischer Ring bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1008 - Generalsanierung Radwege, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Hj. 2010.

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.3 Kommunale Arbeitsgemeinschaft Stadtbahn Rhein-Sieg 1607/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt, dass die Stadt Köln der zu gründenden Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Stadtbahnen Rhein-Sieg gemäß beiliegendem Vertrag (Anlage 1) beitrifft.

2. Er ermächtigt die städtischen Vertreter in der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft die hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen.

Sofern sich Änderungen des Vertrages als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.4 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 490 Parkscheinautomaten**

2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes

**hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle
6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
0940/2010**

RM dos Santos Herrmann merkt an, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich mit der Maßnahme einverstanden sei; sie schlage jedoch vor, sie zunächst auf das Jahr 2010 zu begrenzen und die beabsichtigte Anschaffung in den Folgejahren in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass in diesem Fall ähnlich lautende Vorlagen für die Folgejahre eingebracht werden müssen. In der Vorliegenden hingegen seien die geplanten Anschaffungen aus Gründen der Effizienz zusammengefasst worden. Ein positives Votum würde die Verwaltung in die Lage versetzen, sehr schnell reagieren zu können; jeder Ausfall eines Gerätes koste andernfalls Geld. Ein Ausfall von 5% bedeute einen Einnahmerückgang von 180.000 € jährlich. Zudem könne die Verwaltung bei einer Bestellung in hoher Stückzahl auch einen günstigen Preis erzielen. Er bitte den hiesigen Ausschuss daher eindringlich, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen.

Für die CDU-Fraktion signalisiert RM Möring uneingeschränkte Zustimmung zur Beschlussvorlage. Er erinnert jedoch an bereits vorangegangene Diskussionen zur Problematik von Parkscheinautomatenaufbrüchen und bittet um Mitteilung, wie sich dieser Missstand angesichts des Einsatzes neuer Techniken entwickelt habe.

Herr Harzendorf berichtet, dass die Entwicklung durchaus als Erfolg versprechend bezeichnet werden könne. Die Verwaltung habe eine Vielzahl von Geräten beschafft, die nun weitaus seltener aufgebrochen werden und Köln somit keine Hochburg mehr für dieses Delikt sei. In 2009 konnten Einnahmen von 14,1 Mio. € verzeichnet werden; dies seien immerhin 2 Mio. € mehr als im Vorjahr.

Auf Frage des Ausschussvorsitzenden Waddey teilt er abschließend mit, dass die Bezahlung per Geldkarte lediglich 2 % des Umsatzes ausmache, das Handyticket 4 % - jedoch mit einer kontinuierlich steigenden Tendenz.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Beschaffung von 490 Parkscheinautomaten fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.
2. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 481.500 € bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Haushaltsjahr 2010.

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.5 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen 1517/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Generalinstandsetzung der Vorgebirgstraße, der Sürther Hauptstraße und der Ittisstraße in Höhe von 2.867.000 € und vorbehaltlich der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt für die Generalinstandsetzung des Stadtwaldgürtels, der Frankfurter Straße und der Spichernstraße in Höhe von 1.800.000 € bei der Finanzstelle: 6601-1201-0-6605 – Generalinstandsetzung von Straßen, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2010.

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung NW.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.6 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-5030, Verlegung Opladener Straße 1368/2010

Die Anlage 1 wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM dos Santos Herrmann meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an und schlägt daher vor, die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen. Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage einvernehmlich ohne Votum in den Finanzausschuss.

**5.7 211. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2195/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 211. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.8 Fernlinienbusbahnhof Breslauer Platz:
Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Planung eines Alternativ-Standortes
0811/2009**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2010
AN/1255/2010**

RM dos Santos Herrmann nimmt Stellung zum vorliegenden Änderungsantrag. Die SPD-Fraktion sei auch weiterhin nicht in Gänze vom vorgeschlagenen Standort an der Frankfurter Straße und der erneuten Stellungnahme der Verwaltung überzeugt. Insbesondere den Aussagen zur Verkehrsbelastung Richtung Ostheim könne sie sich nicht anschließen. Es handele sich hier um ein altbekanntes Problem und sie befürchte, dass ein Fernlinienbusbahnhof die Belastungen verstärken werde. Insofern bitte sie hier erneut Untersuchungen vorzunehmen.

Für die CDU-Fraktion macht RM Möring deutlich, dass die Absage der Flughafengeschäftsführung aus seiner Sicht deutlich und nachvollziehbar sei und der Änderungsantrag insofern wenig Erfolg versprechend sei. Es gebe für einen Fernlinienbusbahnhof keinen idealen Platz sondern es gehe lediglich um die Minimierung der negativen Umstände. Die von seiner Vorrednerin geäußerten Bedenken hinsichtlich der Verkehrsbelastung teile seine Fraktion; gleichwohl halte sie die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung für vernünftig und tragbar.

Ausschussvorsitzender Waddey regt über den Änderungsantrag hinaus an, mit Vertretern der Verwaltung, Ratsmitgliedern sowie der Geschäftsführung einen Ortstermin am Flughafen durchzuführen, um die bereits vorhandenen Buskaps und – haltstellen in Augenschein zu nehmen und Überzeugungsarbeit zu leisten. Nach seinen Informationen seien diese seit dem Wegfall der Linie 170 minder genutzt und könnten ggf. mit relativ wenig Aufwand umgestaltet werden. Ein Fernlinienbusbahnhof am Flughafen sei aus seiner Sicht keine lästige Nebenkonkurrenz sondern vielmehr ein sehr interessanter Aspekt für die Attraktivität des Flughafens.

RM Kirchmeyer schließt sich im Wesentlichen zwar den Ausführungen von RM Möring an; dem Antrag verschließen werde sich die FDP-Fraktion jedoch nicht, auch wenn sie die Einschätzung der CDU-Fraktion teile.

SE Joisten hält den Ortstermin für einen guten Vorschlag, um sich über die Gesamtsituation vor Ort einen guten Überblick zu verschaffen. Sollte dennoch der Standort Gremberghoven weiter thematisiert und im hiesigen Ausschuss zur Debatte anstehen, rege er an, über eine Ertüchtigung und einen Ausbau des Alten Deutzer Postweges nachzudenken; aus seiner Sicht biete sich dieser als Entlastung für die Frankfurter Straße an und könne gut an den Vingster Ring angebunden werden.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt zunächst den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mündlich modifiziert

Die Verwaltung wird beauftragt, erneut mit der Geschäftsführung des Flughafens Köln/Bonn zu prüfen, wie ein geeignetes Grundstück in unmittelbarer Flughafennähe für den Fernlinienbusbahnhof zur Verfügung gestellt werden kann. Die für die Anteilseignerin Stadt Köln in den Flughafen-Aufsichtsrat entsandten Mitglieder werden gebeten, sich für dieses Ziel im Aufsichtsrat einzusetzen.

Die Bezirksvertretungen Porz und Kalk sind über das Prüfergebnis in Kenntnis zu setzen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, einen Ortstermin am Flughafen Köln/Bonn mit Beteiligung der Geschäftsführung des Flughafens, der Verwaltung sowie den Mitgliedern des Verkehrs- und Stadtentwicklungsausschusses anzuberaumen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln

Anschließend stellt er die Empfehlung für den entscheidungsbefugten Stadtentwicklungsausschuss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen

Die Verwaltung wird beauftragt, erneut mit der Geschäftsführung des Flughafens Köln/Bonn zu prüfen, wie ein geeignetes Grundstück in unmittelbarer Flughafennähe für den Fernlinienbusbahnhof zur Verfügung gestellt werden kann. Die für die Anteilseignerin Stadt Köln in den Flughafen-Aufsichtsrat entsandten Mitglieder werden gebeten, sich für dieses Ziel im Aufsichtsrat einzusetzen.

Die Bezirksvertretungen Porz und Kalk sind über das Prüfergebnis in Kenntnis zu setzen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, einen Ortstermin am Flughafen Köln/Bonn mit Beteiligung der Geschäftsführung des Flughafens, der Verwaltung sowie den Mitgliedern des Verkehrs- und Stadtentwicklungsausschusses anzuberaumen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.9 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010**

RM Tull moniert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Begriffe „Köln-Pass“ und „Mobilitätsticket“ in der Vorlage nicht erwähnt werden. Köln sei immerhin Vorreiterin und Modell für andere Großstädte.

Ausschussvorsitzender Waddey merkt abschließend an, dass trotz der Verweisung ohne Votum den Maßnahmen zur Barrierefreiheit ausdrücklich zugestimmt werde.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage einvernehmlich ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**5.10 Hochwasserschutzmaßnahmen für Stadtbahnanlagen
hier: Planungsbeschluss für Hochwasserschutzmaßnahmen an den
Stadtbahnanlagen im linksrheinischen Stadtgebiet
2152/2010**

RM dos Santos Herrmann teilt für die SPD-Fraktion mit, dass es sich hier um eine vorausschauende Vorlage handele, die grundsätzlich befürwortet werde. Gleichwohl gehöre sie auch aufgrund der hohen Planungskosten zunächst in die Haushaltsplanberatungen und sie schlage vor, die Vorlage heute ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen.

RM Möring könnte sich diesem Vorschlag anschließen, gibt jedoch zu Bedenken, dass er die Maßnahme als zwingende Notwendigkeit ansehe. Zudem wirft er die Frage auf, warum die Vorlage auf das linksrheinische Stadtgebiet beschränkt sei.

SE Vietzke möchte wissen, ob bei einem Versagen der Hochwasserschutzmauer das Wasser oberirdisch über Treppenabgänge, Lüftungen u.Ä. in die Stadtbahnanlagen eindringen könne und ob in diesem Fall stationäre Hochwasserschutzmaßnahmen um die entsprechenden Eingangsbereiche installiert werden. Er wünsche sich Stadtbild verträgliche Lösungen.

Die Frage von RM Möring aufgreifend legt BG Streitberger dar, dass es sich hier um einen sehr langen Planungsprozess handele, der auf einem Grundwassermodell der RheinEnergie basiere. Bisher liege lediglich das Modell für das linksrheinische Stadtgebiet vor; das rechtsrheinische Grundwassermodell werde jedoch in absehbarer Zeit fertig gestellt.

Ergänzend zu diesen Ausführungen bestätigt Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, dass im Bedarfsfall in der Tat mobile Schutzelemente um die betroffenen Bereiche installiert werden müssen. Es müsse jedoch auch über die

Alternative Querschotts nachgedacht werden, die mit relativ geringen und einfachen Möglichkeiten realisiert werden könnten. Insbesondere unter dem Aspekt der Gefährdung durch Grundwasser handele es sich hier um eine sehr komplexe Materie und er werbe nachdrücklich um Zustimmung; das Geld sei sehr gut angelegt.

Auch angesichts der Tatsache, dass die Mittel i.H.v. 200.000 € bereits im Haushaltsplanentwurf veranschlagt sind, zeigt sich Ausschussvorsitzender Waddey überzeugt und schlägt vor, dem Beschlussvorschlag zu folgen. Weitergehende Diskussionen hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahme könne ggf. der Finanzausschuss führen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung von Maßnahmen zum Schutz der linksrheinischen Stadtbahnanlagen vor Hochwasser. Für die beschriebenen Maßnahmen sollen die erforderlichen Planungsaufträge der Objektplanung und Tragwerksplanung zur Erstellung von ausschreibungsreifen Unterlagen erteilt, die erforderlichen Genehmigungen beantragt und die Finanzierung sichergestellt werden.

Gleichzeitig beschließt der Rat im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung (§ 82 GO NW) die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 200.000 Euro bei der Finanzstelle 6904-1302-0-2505, Hochwasserschutz U-Bahn-Anlagen, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen -; Haushaltsjahr 2010.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.11 Brandschutznachrüstung der Kabelkanalabdeckungen in der Kölner U-Bahn im Bereich der Innenstadt
2286/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Brandschutznachrüstung der Kabelkanalabdeckungen in den städtischen U-Bahn-Strecken. Die Nachrüstung erfolgt in den Tunnelstrecken vom Bereich des Ebertplatzes über die Haltestellen Breslauer Platz und Dom / Hauptbahnhof bis hin zum Friesenplatz, sowie um den Dammbereich der Hochbahnstrecke.

Die benötigten Mittel in Höhe von 1.483.597,10 Euro stehen im städtischen Haushaltsplanentwurf 2010/2011 inklusive der mittelfristigen Ergebnisplanung bis 2014 im

Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.12 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße
hier: Planungsbeschluss für die geänderte Lage der Haltestelle
2456/2010**

BG Streitberger stellt kurz die Historie dieser Maßnahme dar und macht deutlich, dass die Verwaltung über den großen Widerstand der betroffenen Anwohner sehr erstaunt gewesen sei. Leider seien die Bemühungen der Verwaltung, diese von der guten Planung und den Vorteilen der Maßnahme zu überzeugen, vergeblich gewesen und die Planfeststellungsbehörde habe letztendlich gefordert, eine alternative Planung vorzulegen. Die nun vorliegende zweitbeste Lösung scheine Akzeptanz gefunden zu haben, müsse im Detail jedoch noch durchgearbeitet werden.

RM Kron bittet um Mitteilung, ob die Medienberichte, dass es gegen die Planung eine massive große Bürgerbewegung gegeben habe, den Tatsachen entsprochen hätten oder aber ob nicht vielmehr lediglich einige wenige Geschäftsleute die Verwaltung zum Umdenken bewegt haben. Zudem müssen nach Informationen der SPD-Fraktion bei der nun vorliegenden Planung die betroffenen Anwohner in der Rochusstraße einen Teil ihrer Vorgärten aufgeben.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, bestätigt, dass der Widerstand weitestgehend von den Geschäftsleuten ausgegangen sei. Deren Argumentation befasste sich in erster Linie mit dem Erhalt der Kundenparkplätze. Von der neuen Planung seien nun in der Tat andere Anwohner betroffen; insofern seien die Informationen des RM Kron auch in dieser Hinsicht zutreffend. Wie vom Beigeordneten bereits dargelegt, handele es sich bei der neuen Planung lediglich um die zweitbeste Lösung. Glücklicherweise sei die Verwaltung damit nicht, sehe jedoch keine Alternative.

RM Möring berichtet, dass ihm das Thema erst bei einer Veranstaltung vor Ort bekannt wurde. Die dort vorgetragenen Argumente – nicht nur von Geschäftsleuten sondern vielmehr auch von Mietern und vom Bürgerverein - seien vielfältiger Natur gewesen und hätten ihn überzeugt. Auch die Bezirksregierung habe durch ihr Eingehen auf die Argumentation der Betroffenen gezeigt, dass es sich um eine problematische Planung handele. Zudem hänge am Umbau dieser Haltestelle die Inbetriebnahme der Linienverlängerung nach Ossendorf. Eine weitere Verzögerung – hier durch den extremen Widerstand der Anwohner – sei daher nicht hinnehmbar; die CDU-Fraktion werde die vorgeschlagene Lösung unterstützen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont RM Tull ihren großen Unmut über die Tatsache, dass einige wenige Bürger mit egoistischen Argumenten ein laufendes Planungsverfahren einer wichtigen Stadtbahnlinie gekippt haben und die Bezirksregierung sich diesen Bürgern gebeugt habe. Sie halte es darüber hinaus für nicht in Ordnung, dass das bestehende Planungsrecht Eigentümern die Möglichkeit einräume gegen derartige Vorhaben vorzugehen und unmittelbar Betroffene – hier die Mieter der Rochusstraße – diese Chance nicht bekämen.

Die Äußerungen ihrer Vorrednerin gegen die Geschäftsleute aufgreifend weist RM Kirchmeyer darauf hin, dass auch diesen das Recht zugestanden werden müsse, gegen ein Vorhaben Protest einzulegen. Nach ihren Informationen hätten neben den

Geschäftsleuten jedoch auch Mieter der Margaretastraße die Planungen abgelehnt. Zu der aktuellen Planung möchte sie wissen, inwieweit die Vorgärten in Anspruch genommen werden müssen.

Herr Neweling teilt mit, dass dies in etwa 350 – 400 m² sein werden.

Nach weiterer kontrovers geführter Diskussion merkt RM Kron an, dass die SPD-Fraktion nicht hinter der Entscheidung stehe und sich von daher bei der Beschlussfassung enthalten werde.

Ausschussvorsitzender Waddey regt an, zukünftig – vor der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens – einen Großteil der Anwohner unmittelbar zu informieren um ein größeres Spektrum an Meinungen zu erhalten. Im vorliegenden Fall habe die Bezirksregierung lediglich von der einseitigen Argumentation der Gegner Kenntnis erlangt.

Abschließend weisen Herr Neweling und Herr Harzendorf auf Frage der SE Vietzke und Preckel darauf hin, dass es sich hier zunächst um eine Machbarkeitsstudie handle; die Details – u.a. gesicherte Überwege für die Schulkinder aus der Wohnsiedlung - müssen noch ausgearbeitet werden.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung; ein etwaig erforderlicher 2. Durchgang könne in der Sondersitzung am 13.07.2010 erfolgen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Ehrenfeld uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Aufgrund der Einwände im Genehmigungsverfahren und der Empfehlung der Bezirksregierung Köln, eine Alternativlösung zu überprüfen, beauftragt der Rat die Verwaltung nunmehr die Haltestelle Margaretastraße in heutiger Lage in der Rochusstraße ausschreibungsreif zu planen und hierfür die Genehmigung zu beantragen sowie die Finanzierung sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt

- 5.13 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Aachener Straße von Hohenzollernring bis Bonnstraße, Radwegsanie-
rung**
**2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6604-1201-3-4799 Aachener Straße von Hohenzollernring bis Bonnstraße, Radwegsanie-
rung**
2149/2010

RM Wolter merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage sehr begrüße; die Maßnahme habe auch im Bürgerhaushalt viel Zuspruch erhalten. Er bitte jedoch noch um nähere Ausführungen hinsichtlich der Umsetzung, beispielsweise die Breite der Radwege, Reihenfolge der verschiedenen Bauabschnitte u.Ä.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass zwar die gesamte Strecke bearbeitet werde, allerdings nicht komplett, da einige Bereiche – beispielsweise in Ringnähe – nicht sanierungsbedürftig seien. Da die Planungen

im hiesigen Ausschuss bereits vorgestellt wurden, biete er Herrn Wolter an, ihm diese zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Maßnahme Aachener Straße von Hohenzollernring bis Bonnstraße, Radwegsanierung fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt darüber hinaus dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 2.195.762,30 € für die Radwegsanierung Aachener Straße von Hohenzollernring bis Bonnstraße bei der Finanzstelle: 6604-1201-3-4799 – Aachener Straße, Generalinstandsetzung Radweg, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2010.

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung NW.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.14 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 in analoger Anwendung bei Finanzstelle 6903-1202-5-6005, Hst. Slabyst./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung 1994/2010

RM Möring möchte wissen, welche Rolle die Nachträge, die dem Grunde nach berechtigt seien, bei der Kostenerhöhung von der Summe her bedeuten. Nach seinem Verständnis handele es sich bei der Kostensteigerung um die maximal Mögliche, die jedoch reduziert werden könne durch Verhandlungen über die Nachträge. Er bitte um Mitteilung, welches Volumen die noch offenen bzw. strittigen Nachträge haben.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, weist darauf hin, dass es sich bei den in der Vorlage dargelegten Ausführungen um den „worst case“ handele. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen und insofern könne er keine Summen nennen.

Für die FDP-Fraktion zeigt sich RM Kirchmeyer sehr verärgert über die Kostenerhöhung. Sie erinnert daran, dass ihre Fraktion seiner Zeit beim Planungsbeschluss eine andere Variante vorgeschlagen habe.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt einer weiteren Erhöhung der städtischen Investitionsauszahlungen für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora (als Teil einer 3-teiligen Gesamtmaßnahme) mit Schaffung eines barrierefreien Zugangs über eine neue Fußgängerbrücke in Höhe von 1.013.420,00 EUR zu. Die Gesamtkosten betragen nun 5.647.757,00 EUR statt 4.634.337,00 EUR.

Damit erhöhen sich auch die Investitionsauszahlungen für die 3-teilige Gesamtmaßnahme bei der Finanzstelle 6903-1202-5-6005, Hst. Slabyst./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung, um den o.g. Betrag. Die Gesamtauszahlungen betragen nun 7.624.955,00 EUR statt 6.611.535,00 EUR.

Die Bereitstellung der Mehrauszahlung in Höhe von 1.013.420,00 EUR zur Finanzierung der im ersten Absatz aufgeführten Teilmaßnahme erfolgt im Wege der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlungen bei Finanzstelle 6903-1202-1-6008, Stb. Hst. Poststr., Neumarkt, Appellhofplatz-BA-, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2010.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.15 Businessplan Industrie
5431/2010**

Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich bis nach der Beratung im Wirtschaftsausschuss zurückgestellt.

**5.16 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;
Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage
1889/2010**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2010
AN/1313/2010**

Die Vorlage sowie ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

BG Streitberger führt eingangs aus, dass der Vorlage intensive Abstimmungen - sowohl intern als auch extern - vorausgingen. In der Sache habe sich seit dem letzten Gespräch in Düsseldorf vor vier Monaten einiges entwickelt und man müsse nun weiterkommen. Er bitte den hiesigen Ausschuss daher nachdrücklich um Zustimmung. Der Stadtbahntunnel habe sich durch Zeitablauf leider erledigt. Heute wisse die Verwaltung, dass der 2. Bauabschnitt deutlich erkennbar vor dem 1. Bauabschnitt fertig gestellt werde. Dies wäre zum Jahresende 2009 möglicher Weise eine wichtige Information gewesen, um die Risikobewertung, die seiner Zeit vorgenommen wurde, anders zu beurteilen.

RM Möring kritisiert die späte Einbringung der Vorlage. Seit der Ratssitzung, 02. Februar, in der die ursprüngliche Verwaltungsvorlage zurückgezogen wurde, seien nunmehr vier Monate vergangen. Allen Beteiligten müsse klar gewesen sein, dass nach dem Schriftwechsel mit dem Zuschussgeber eine solche Untersuchung erforderlich sei, die nun jedoch erst in der Ratssitzung am 13.07. beschlossen werden könne. Letzter Termin für einen etwaigen Beschluss von Vorsorgemaßnahmen, die eine mögliche Tieferlegung der Rheinuferstraße zu einem späteren Zeitpunkt erlauben, sei nunmehr Oktober diesen Jahres. Angesichts seiner bisherigen Erfahrungen bezweifle er stark, dass dieser enge Zeitrahmen eingehalten werden könne; ein ernsthafter Umgang mit dieser Thematik sei nicht möglich. Aus diesem Grund habe die CDU-Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag eingebracht. Da dieser noch nicht abschließend fraktionsintern beraten worden sei, behalte sie sich vor, diesen im weiteren Beratungsgang ggf. zu modifizieren.

RM Kirchmeyer schließt sich der Einschätzung ihres Vorredners grundsätzlich an. Sie befürchte auch, dass durch Zeitablauf letztendlich die planfestgestellte nicht gewollte BÜSTRA-Anlage in Kauf genommen werden müsse.

SB Arenz schließt sich seinen Vorrednern an und nimmt die späte Einbringung der Vorlage mit Befremden zur Kenntnis. Auch die Notwendigkeit des alternativen Beschlussvorschlages, sechsspuriger Ausbau der Rheinuferstraße, sehe er nicht zwingend, zumal die Rheinuferstraße sich im weiteren Verlauf auf zwei Spuren reduziere.

BG Streitberger widerspricht Herrn Arenz dahingehend, dass die Kapazität einer Straße an der Strecke und vor allem dem Knoten, hier die Querung der Bahn mit der Straße, gemessen werde. Insofern sei der Ausbau der Rheinuferstraße, die dann wesentlich mehr Verkehr aufnehmen könne, durchaus eine Alternative.

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, die Vorlage mit dem Änderungsantrag zur Anhörung in die Bezirksvertretungen zu verweisen und – wie vor Eintritt in die Tagesordnung bereits besprochen – am 13.07. vor der Ratssitzung eine Sondersitzung des hiesigen Ausschusses durchzuführen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage und den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Anhörung zunächst in die Bezirksvertretungen Innenstadt und Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Übernachtungs- und Pausenparkplätze für LKW hier: Anfrage der Fraktion Die Linke zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 11.05.2010, TOP 1.1 1975/2010

Die Beantwortung wurde bereits zur vergangenen Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Radwegsanierungsprogramm 2010
hier: Nachfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom
11.05.2010, TOP 4.7 - Vorlage eines Zeitplans für die von der Bezirksver-
tretung Porz vorgeschlagene Maßnahme Heidestraße
2386/2010

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.3 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom
06.05.2010 betr. Waldbadviertel Langendahlweg
2047/2010

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Information über Erhöhung der Investitionsauszahlungen bei bereits be-
schlossenen Maßnahmen aus dem Straßenbauprogramm
hier: Dellbrücker Hauptstraße und Montanusstraße
2033/2010

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2 Berliner Straße in Köln-Dünnwald
2051/2010

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3 Erhöhung der Verkehrssicherheit von schutzwürdigen Einrichtungen mit
Hilfe von dynamischen Displays des Typs RTB-Dialog-Display
2138/2010

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.4 Optimierung der Verkehrsverhältnisse im Bereich Messekreisel und Um-
feld
hier: Prüfauftrag aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom
11.05.2010, TOP 4.3
2476/2010

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.5 ÖPNV-Anbindung Meschenich
2519/2010

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.6 RadRegionRheinland
hier: Planung und Vorbereitung des Leitsystems
2562/2010**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.7 Rheinuferquerung Nord-Süd Stadtbahn
hier: Beschluss aus der Sitzung des Rates vom 10.02.2009, TOP 2.1.8
2272/2010**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.8 Unfallgeschehen 2009 im Gebiet der Stadt Köln
2546/2010**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, diese in der kommenden Sitzung zu behandeln.

**7.9 Beschilderung Deutsche Fußballroute
2608/2010**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.10 Geschwindigkeitsreduzierung auf dem Konrad-Adenauer-Ufer (Az.: 02-1600-64/09)
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden aus der Sitzung vom 7.05.2010, TOP 3.1
2679/2010**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.11 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2009
2228/2010**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt. Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, diese erst in der kommenden Sitzung zu behandeln.

RM dos Santos Herrmann bittet um Mitteilung, inwieweit eine mögliche Inbetriebnahme einer Teilstrecke der Nord-Süd Stadtbahn den Nutzen-Kosten-Faktor verändern würde.

7.12 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe, Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2009 2230/2010

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt. Auch diese wird erst in der nächsten Sitzung am 07.09.2010 behandelt.

7.13 Buslinie Schanzenstraße/Opernbus 2709/2010

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt. Der wesentliche Inhalt wird von Herrn Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, kurz erläutert.

RM dos Santos Herrmann zeigt sich seitens der SPD-Fraktion etwas irritiert über die Absichten der Verwaltung; der hiesige Ausschuss habe bei der Beschlussfassung bereits einvernehmlich darauf hingewiesen, dass eine bessere Anbindung der Schanzenstraße - auch ohne den Umzug der Oper - erforderlich und wünschenswert sei. Sie bitte die Verwaltung eindringlich dies zu bedenken bzw. zu berücksichtigen.

RM Kirchmeyer unterstreicht seitens der FDP-Fraktion die Ausführungen ihrer Vordnerin nachdrücklich.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, sagt zu, diese Anregung aufzunehmen. Wenn die Gespräche mit den dort ansässigen Unternehmen jedoch nicht Erfolg versprechend verlaufen sollten, mache ein 20-Minuten-Takt tagsüber wenig Sinn.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Fertigstellung der Baumaßnahme Rheinuferstraße Anfrage des RM Kirchmeyer

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt auf Nachfrage mit, dass die Baumaßnahme noch in den Sommerferien fertig gestellt sein werde.

8.2 Verkehrsführungen im Bereich Kulturzentrum am Neumarkt Anfrage des RM Kirchmeyer

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine Vorlage für nach der Sommerpause zu.

8.3 Begrenzungselemente Breslauer Platz Anfrage des RM Kirchmeyer

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine Vorlage für nach der Sommerpause zu.

8.4 Ampelabbau an der Kreuzung Neusser Straße/Balthasarstraße Anfrage des SE Hammer

SE Hammer berichtet, dass an der Kreuzung Neusser Straße/Balthasarstraße die Lichtsignalanlage (LSA) durch einen Zebrastreifen ersetzt worden sei. Anschließend

wurde die LSA jedoch wieder installiert und der Zebrastreifen entfernt. Er bittet um Erläuterung der Gründe hierfür.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, räumt ein, dass es sich hier schlichtweg um einen Fehler der Verwaltung handele; die LSA hätte auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens nicht abmontiert werden dürfen und insofern sei nun eine mobile Anlage errichtet worden.

8.5 Einbau von Rampen an der U-Bahnhaltestelle Vingst Anfrage des RM dos Santos Herrmann

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt mit, dass die Fertigstellung der Rampen in Kürze erfolgen werde.

8.6 Bürgerhaushalt - Verlängerung der Linie 7 im Porzer Süden Hinweis des SE Joisten

SE Joisten weist darauf hin, dass bei der Maßnahme Nr. 165/23 – Verlängerung der Linie 7 im Porzer Süden – des Bürgerhaushaltes (vgl. TOP 4.9) die Bezirksvertretung Porz nicht angehört wurde. Er bitte um Klärung bzw. dies nachzuholen.

8.7 Fahrgastinformationstafeln der KVB Anfrage des SB Arenz

SE Arenz erinnert an die mündlich gegebene Stellungnahme der KVB in der Sitzung am 01.02.2010, TOP 8.2. Nach seinen Beobachtungen habe sich die Situation nicht geändert und er bitte um Mitteilung, wie lange die Erprobungsphase des Systems noch andauere.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, räumt ein, dass der Hinweis „s. Fahrplanaushang“ in der Tat viel zu häufig erscheine. Dies hänge mit Problemen in der digitalen Funkübertragung von Daten an bestimmten Stellen im Stadtraum zusammen. An der Problembeseitigung werde nach wie vor gearbeitet.

Sobald von einer Buslinie das Signal gesendet werde, wann sie losfahre, werde die noch verbleibende Wartezeit an der nächsten Haltestelle angezeigt. Sobald dieses Signal jedoch unterbrochen werde, springe die Anzeige auf die aktuelle Uhrzeit um; dann handele es sich um den Soll- und nicht mehr um den Ist-Fahrplan. Dieses Verfahren habe die KVB in einer ihrer letzten Kundenzeitschriften auch kommuniziert.

Der für jeden verständliche Hinweis „Stau“ sei – entgegen der Auffassung von SE Arenz – berechtigt. Diese Anzeige erscheine, wenn durch die regelmäßigen Signale erkennbar sei, dass ein Bus sich über einen Zeitraum von mehr als zwei Minuten nicht fortbewege.

gez.

Manfred Waddey
(Ausschussvorsitzender)

gez.

Angela Krause
(Schriftführerin)